



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Mobilität

am 22.04.2026

Anwesend

- Vorsitz

Steinkrüger, Janina

- Verwaltung

Beck, Udo
Berdolt, Roman
Kron, Christian
Lehrmann, Stefanie
Panytsch, Daniel
Strobach, Axel
Voigt, Franziska

- Gäste

Domin, Raphael (Planersocietät Frehn Steinberg Partner GmbH)

- Mitglieder

Autze-Gutte, Kersten
Bludau, Nico
Cohnen, Ulrike
Cremille, Diane
Donner, Erik
Engelmann, Dr. Marc (ab 16:55 Uhr)
Hartkopf, Roland
Huck, Dr. Brian
Krach, Dr. Tillmann
Kuster, Arne
Moseler, Dr. Claudius
Müller, Mario (Stellvertretung für Gerster, Thomas)
Neher, Daiana
Nierhoff, David
Reeh, Thomas

- Schriftführung

Schebitz, Tino

-Entschuldigt fehlen

- Unentschuldigt fehlen

Gerster, Thomas
Flegel, Sabine

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Kenntnisnahme der Niederschriften über die Sitzungen vom 04.02.2026 und 04.03.2026
2. Abschlussbericht Fußverkehrscheck Mainz durch unterstützendes Büro Planersocietät Frehn Steinberg Partner GmbH
3. Sachstandsbericht schulisches Mobilitätsmanagement „Besser zur Schule“
4. Sachstandsbericht Fahrradzahlstellen
5. Öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA) Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG)
Vorlage: 0549/2026
6. Erweiterung des verkehrsberuhigten Bereichs rund um den Stefansplatz
Vorlage: 0566/2026
7. Verschiedenes

b) nicht öffentlich

8. Freiraumplanerischer Ideenwettbewerb Regierungsviertel 2026
Vorlage: 0399/2026

Die Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Vorsitzende meldet zu TOP 5 (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA) Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG)) Beratungsbedarf an. Aufgrund des angemeldeten Beratungsbedarfs wird die Beschlussfassung vertagt.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Kenntnisnahme der Niederschriften über die Sitzungen vom 04.02.2026 und 04.03.2026**

Ohne Einwendungen nimmt der Ausschuss für Mobilität die Niederschrift über die Sitzungen vom 04.02.2026 und 04.03.2026 zur Kenntnis.

Punkt 2 **Abschlussbericht Fußverkehrscheck Mainz durch unterstützendes Büro Planersocietät Frehn Steinberg Partner GmbH** **mündlicher Bericht**

Die Vorsitzende führt in die Thematik ein und erläutert die Hintergründe. Sie informiert darüber, dass sich die Stadt Mainz im Jahr 2027 erneut für den Fußverkehrs-Check bewerben möchte und hierfür der Stadtteil Ebersheim vorgesehen ist. Um 16:33 Uhr übergibt die Vorsitzende das Wort an Herrn Domin von der Planersocietät Frehn Steinberg Partner GmbH. Die im Folgenden erwähnte Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Domin stellt sich und das Büro Planersocietät vor und führt in die Präsentation ein. Er erläutert den Fußverkehrs-Check (FVC) Rheinland-Pfalz als ein partizipatives Verfahren unter Einbeziehung von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Ziel ist es, Impulse für den Fußverkehr zu setzen, für entsprechende Themen zu sensibilisieren sowie Hinweise und Ideen zu sammeln. Insgesamt wurden die zehn besten Bewerbungen ausgewählt, darunter auch die der Stadt Mainz.

Der Prozess wurde in Mainz im Jahr 2025 durchgeführt und umfasste einen Auftakt-Workshop am 24.06.2025, zwei Begehungen am 01.07.2025 und 18.09.2025 sowie einen Abschluss-Workshop am 28.10.2025. Mit der Vorstellung der Ergebnisse in der heutigen Ausschusssitzung wird das Verfahren abgeschlossen.

Die Begehungen fanden in der Neustadt (Bereich Zentrum/Bahnhofsnähe sowie Rheinufer) mit jeweils rund 20 Teilnehmenden statt. Thematische Schwerpunkte waren insbesondere Barrierefreiheit, Querungsmöglichkeiten und Verkehrssicherheit.

Als positive Aspekte wurden unter anderem die Lage am Rhein, beschattende Straßenbäume, verkehrsberuhigte Bereiche sowie attraktive Plätze wie der Goetheplatz genannt. Defizite bestehen insbesondere durch Gehwegparken, parkende Fahrzeuge in Kreuzungsbereichen mit eingeschränkten Sichtverhältnissen, teilweise mangelhafte Gehwegoberflächen, große Querungsdistanzen, fehlende Querungsmöglichkeiten sowie Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr.

Aus den Begehungen wurden die Handlungsfelder Barrierefreiheit, Querungen, Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität abgeleitet. Im Bereich der Querungen zeigten sich Defizite insbesondere bei Sichtbeziehungen, Erkennbarkeit, Entfernungen und baulichen Barrieren. Beispielhaft wurde die Querung in

der Nackstraße (Bereich REWE) genannt. Als Maßnahme wurde eine Verdeutlichung, etwa durch Poller oder Baken, vorgeschlagen.

Im Handlungsfeld Barrierefreiheit wurden insbesondere Bordsteine, Stolperkanten, fehlende Kontraste, schmale Gehwege sowie unzureichende Sitzmöglichkeiten benannt. Ziel ist die barrierefreie Gestaltung von Wegen, Querungen und Haltestellen. Beispielhaft wurde eine bessere Sichtbarkeit von Pollern durch kontrastreiche Farbgebung oder reflektierende Folien sowie die Installation von Radbügeln an verschiedenen Stellen vorgeschlagen.

Im Bereich Verkehrssicherheit wurden große Kreuzungsbereiche, eingeschränkte Sichtverhältnisse und Kfz-Geschwindigkeiten thematisiert. Am Knotenpunkt Wallaustraße/Josefsstraße soll die Übersichtlichkeit durch eine Reduzierung der Fahrbahnflächen verbessert werden. Als Maßnahmen kommen Markierungen, Poller oder andere bauliche Veränderungen in Betracht, die gegebenenfalls im Rahmen des Fernwärmeausbaus umgesetzt werden können.

Hinsichtlich der Aufenthaltsqualität bestehen Defizite bei Aufenthalts- und Begegnungsflächen, Sitzmöglichkeiten, Grünstrukturen und öffentlichen Toiletten. Ziel ist die Schaffung attraktiver, klimaanangepasster Straßenräume, etwa durch freigehaltene Wege, zusätzliche Sitzgelegenheiten und mehr Begrünung.

Herr Domin hebt abschließend hervor, dass der FVC kein umfassendes Gesamtkonzept darstellt, jedoch eine Vielzahl konkreter Einzelmaßnahmen benennt. Er verweist in diesem Zusammenhang erneut auf die Wallaustraße als positives Beispiel. Für die Umsetzung sind vertiefte Prüfungen, insbesondere in rechtlicher, technischer und finanzieller Hinsicht sowie entsprechende Beschlussfassungen erforderlich.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis und bedanken sich für die Präsentation. Im Anschluss werden Fragen gestellt, die von Herrn Domin und der Vorsitzenden beantwortet werden.

Frau Neher erkundigt sich zur Situation in der Josefsstraße und bringt die Idee ein, dort einen Kreisverkehr einzurichten. Sie fragt die Verwaltung, ob eine solche Maßnahme grundsätzlich denkbar wäre. Die Vorsitzende erwidert hierzu, dass alternativ auch eine Einengung in den Kurven- und Seitenbereichen in Betracht gezogen werden könne, um hierdurch Potenziale für eine Entsiegelung bzw. Pflanzungen zu gewinnen.

Herr Dr. Huck begrüßt, dass viele Fußverkehrsthemen mit diesem Projekt aufgegriffen werden. Er betont, dass auch kleinere Maßnahmen große Effekte erzielen können, und weist darauf hin, dass im Rahmen langfristiger Planungen kurzfristige Projekte häufig nicht ausreichend berücksichtigt würden. Durch den FVC fänden solche Maßnahmen nun verstärkt Beachtung. Er regt außerdem an, den nächsten FVC in der Altstadt durchzuführen und hält dies für besonders interessant.

Herr Dr. Krach fragt nach, ob sich die Betrachtung ausschließlich auf verbotenes Gehwegparken oder auch auf erlaubtes Gehwegparken bezogen habe. Herr Domin stellt klar, dass das Gehwegparken insgesamt betrachtet wurde, sowohl erlaubtes als auch nicht erlaubtes.

Herr Donner erkundigt sich, ob die Untersuchung nur bis zur nördlichen Neustadt erfolgt sei, und spricht sich dafür aus, den FVC auf die gesamte Neustadt auszuweiten. Herr Domin beantwortet die Frage entsprechend.

Punkt 3 Sachstandsbericht schulisches Mobilitätsmanagement „Besser zur Schule“ mündlicher Bericht

Um 17:00 Uhr übergibt die Vorsitzende das Wort an Herrn Kron vom Stadtplanungsamt, Abteilung Verkehrswesen.

Herr Kron stellt anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation das Beratungs- und Qualifizierungsprogramm „Besser zur Schule“ vor, das von der ivm GmbH gemeinsam mit dem Planungsbüro Sweco umgesetzt wird. Ziel ist es, die sichere, eigenständige und nachhaltige Mobilität von Schulkindern zu verbessern. Am Programm beteiligt sind das Theresianum, das Gymnasium Oberstadt sowie die IGS Europa.

Im Sommer 2025 wurden an allen Schulen Auftaktveranstaltungen und Begehungen durchgeführt. Im Herbst und Winter 2025 folgten Analyse- und Planungstermine. Ein erster gemeinsamer Workshop fand im März 2026 statt.

Im Anschluss stellt Herr Kron die kurzfristigen Maßnahmenideen vor. So ist an der Elly-Beinhorn-Straße vorgesehen, den Wendehammer zu schließen und stattdessen auf einer Querstraße zwischen den Autohäusern eine Bring- und Holzone einzurichten. Diese soll über eine direkte und sichere Fußwegeverbindung mit der Schule verbunden werden, um Konflikte zwischen Schul- und Autoverkehr zu reduzieren.

Für die Hechtsheimer Straße wird die Einrichtung von Mittelinseln geprüft, um Schüler:innen ein sicheres Queren zu ermöglichen.

Darüber hinaus wird eine Ausweitung der Tempo-30-Zone im Schulumfeld (Hechtsheimer Straße, Alte Mainzer Straße, Heiligkreuzweg) in Betracht gezogen, um Gefahrenstellen zu entschärfen.

Anschließend geht Herr Kron auf die mittel- bis langfristigen Maßnahmen ein. Dazu zählen unter anderem die Verbesserung der Wegeverbindungen im Bereich Landwehrweg und Bretzenheimer Weg, die bessere Anbindung des Heiligkreuzviertels an den Bretzenheimer Weg sowie eine erneute Betrachtung der Verkehrssituation in der Hechtsheimer Straße. Zudem sollen die Rad- und Fußwege entlang der Hechtsheimer Straße und des Heiligkreuzwegs genauer untersucht und weiterentwickelt werden.

Ergänzend ist vorgesehen, die Kommunikation mit den Eltern zu stärken und gemeinsame Aktionen wie Bicibus oder Stadtradeln zu fördern. Außerdem wird ein Schulwegplan mit besonderem Fokus auf sichere Radrouten erarbeitet.

Die abschließenden Abstimmungen sind für Juni 2026 vorgesehen. Ein weiterer Workshop ist für die Zeit nach den Sommerferien 2026 geplant. Übergeordnete Planungsaspekte umfassen insbesondere die Betrachtung von Haltestellen hinsichtlich Barrierefreiheit und Ausstattung (z. B. Wartehallen) sowie die Weiterentwicklung der Vorplanungen für das Teilprojekt 3 „Straßenbahn Heiligkreuzviertel“.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis und bedanken sich für die Präsentation. Es werden hierzu Fragen gestellt, die von Herrn Kron beantwortet werden.

Herr Hartkopf geht auf die weiterführenden Schulen ein, deren Schülerinnen und Schüler vermehrt mit dem Fahrrad zur Schule kommen, und schlägt vor, die entsprechenden Pläne auch anderen Schulen und Eltern zugänglich zu machen, damit dieser Hinweis einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Herr Kron bestätigt, dass genau dies beabsichtigt sei. Die Vorsitzende ergänzt dies.

Herr Dr. Krach weist darauf hin, dass die Einführung eines Radwegeplans auch für Grundschulen sinnvoll wäre. Herr Korn antwortet auf den Hinweis.

Herr Donner erkundigt sich, welche Routen verfügbar seien und ob digitalen Hilfsmittel, etwa ein Routenplaner, bereitgestellt werden. Die Vorsitzende teilt mit, dass die Stadt plane, das Geoinformationssystem (GIS) bis Ende 2026 zu erneuern und die entsprechenden Daten anschließend dort zu integrieren. Finanzielle Mittel für eine digitale Lösung stünden derzeit jedoch nicht zur Verfügung.

Herr Hartkopf fragt, ob an den Schulen ausreichend Fahrradabstellplätze vorhanden seien. Herr Kron bejaht dies und schätzt ein, dass an den genannten Schulen ausreichende Abstellanlagen vorhanden seien. Herr Dr. Huck ergänzt die Ausführungen mit seinen Beobachtungen zu abgestellten Kleinfahrern in der Altstadt.

Punkt 4 **Sachstandsbericht Fahrradzählstellen** **mündlicher Bericht**

Um 17:27 Uhr führt die Vorsitzende in das Thema ein und übergibt das Wort an Herrn Panytsch vom fahrRadBüro.

Herr Panytsch stellt die Einrichtung eines Zählstellennetzes für den Radverkehr in Mainz vor und erläutert die wesentlichen Aspekte. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Zum Hintergrund führt Herr Panytsch aus, dass Erhebungen bislang überwiegend punktuell mit mobiler Technik erfolgen. Insbesondere an stark frequentierten, wiederkehrenden Hauptachsen führt der regelmäßige Zählaufwand zu einer erheblichen Bindung personeller Kapazitäten. Zudem sind mittel- und langfristige Entwicklungen im Radverkehr ohne dauerhafte Zählungen nur eingeschränkt darstellbar. Ein Förderprojekt des Bundesverkehrsministeriums bildet die Grundlage für die Finanzierung des Vorhabens.

Zur Funktionsweise erläutert Herr Panytsch, dass bidirektionale Induktionsschleifen im Fahrbahnbelag (Asphalt oder Pflaster) eingesetzt werden. Die Datenerfassung erfolgt über ein vor Ort installiertes Steuergerät mit integrierter Sendeeinheit, wodurch zugleich eine Überprüfung der erhobenen Daten möglich ist. Mit der Qualität der aktuell gemessenen Daten zeigt man sich sehr zufrieden. Weitere Zählstellen werden gegengeprüft und kalibriert. Anhand von Beispielen aus dem Winterhafen sowie dem Zoll- und Binnenhafen veranschaulicht Herr Panytsch die Installation. Das System ist modular aufgebaut und kann jederzeit erweitert oder angepasst werden. Der technische Prozess umfasst die Schritte Zählen, Sammeln und Analysieren der Daten.

Im Hinblick auf die Vernetzung führt Herr Panytsch aus, dass die erfassten Daten durch den Hersteller bzw. Dienstleister für das Übertragungsformat aufbereitet und damit in die bestehende Verkehrsdatenbank der Verwaltung integriert werden können. Die Möglichkeiten der Datennutzung werden seitens des Herstellers kontinuierlich weiterentwickelt.

Zum Umfang in Mainz stellt Herr Panytsch anhand einer Stadtkarte die Verteilung der geplanten 30 Dauerzählstellen im Stadtgebiet dar. Derzeit sind Zählstellen an 26 Standorten eingebaut. Der weitere Ausbau erfolgt zeitnah, unter anderem durch die Einrichtung von zwei zusätzlichen Anzeigedisplays (Stelen). Weitere Zählschleifen sind perspektivisch möglich.

Zur Anwendung der Zählstellen präsentiert Herr Panytsch exemplarisch die Rheinuferpromenade am Winterhafen. Anhand von Diagrammen werden Tages- und Stundenverläufe sowie monatliche Jahresvergleiche des Radverkehrs dargestellt, die als Grundlage für weitergehende Auswertungen dienen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die vorgestellten Inhalte und nehmen diese zur Kenntnis. Aufkommende Fragen werden von Herrn Panytsch beantwortet.

Herr Donner fragt, ob die erhobenen Daten öffentlich zugänglich sind und ob eine Schnittstelle zum Download besteht. Herr Panytsch antwortet, dass die Daten öffentlich einsehbar sein werden, derzeit jedoch keine Downloadfunktion zur Verfügung stehen wird. Eine entsprechende Erweiterung sei perspektivisch möglich.

Herr Dr. Moseler erkundigt sich, ob künftig weitere Zählstellen in anderen Stadtbereichen vorgesehen sind. Herr Panytsch beantwortet die Frage. Es wurde zunächst ein Radius im erweiterten Innenstadtgebiet gezogen, um Pendelverkehre an möglichst vielen Hauptachsen gebündelt erfassen zu können. Weitere Zählstellen in anderen Stadtbereichen sind technisch möglich bzw. im System in Zukunft integrierbar.

Herr Dr. Krach fragt, wie die gewonnenen Daten genutzt werden und welchem Zweck sie dienen. Herr Panytsch erläutert, dass die Erhebungen unter anderem eine Signalwirkung entfalten sollen und bereits jetzt in übergeordnete Verkehrsplanungen mit Beteiligung des Radverkehrs sowie Auswertungen einfließen. Insbesondere können sie zur Beantwortung von Bürgeranfragen herangezogen werden, zumal bislang vielfach nur manuelle Zählungen vorlagen. Die Vorsitzende sowie Herr Dr. Huck ergänzen, dass die Daten auch für die politischen Gremien von Bedeutung sind.

Herr Bludau fragt, ob Versuchsprojekte mit Vorher-Nachher-Erhebungen geplant sind, beispielsweise im Zusammenhang mit temporären Geschwindigkeitsreduzierungen für den motorisierten Individualverkehr und deren Auswirkungen auf den Radverkehr. Herr Panytsch führt aus, dass grundsätzlich alle Verkehrsarten berücksichtigt werden, spezifische Verkehrsversuche jedoch derzeit nicht vorgesehen sind. Frau Voigt (Abteilung Verkehrswesen) ergänzt die Ausführungen.

Herr Hartkopf erkundigt sich, ob Planungsmaßnahmen in Abhängigkeit von den ermittelten Nutzungszahlen vorgesehen sind. Herr Panytsch beantwortet die Frage. Trends der gewonnenen Zahlen können nach einem längerem Betrachtungszeitraum für Planungen genutzt werden.

Die Vorsitzende fragt nach dem Zeitpunkt der öffentlichen Bereitstellung der Daten. Herr Panytsch teilt mit, dass die Daten der ersten elf Zählstellen ab der kommenden Woche (KW 18) öffentlich einsehbar sein werden.

Punkt 5 **Öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA) Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG)**
hier: öDA-Berichtswesen
Vorlage: 0549/2026

Die Beschlussfassung wird aufgrund des angemeldeten Beratungsbedarfs vertagt.

Punkt 6 **Erweiterung des verkehrsberuhigten Bereichs rund um den Stefansplatz**
hier: Ölgasse, Stefansplatz und Stefansberg
Vorlage: 0566/2026

Die Vorsitzende erläutert die Details der geplanten Maßnahme.

Die Mitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Herr Dr. Huck erkundigt sich, ob die Gestaltung der Bordsteinhöhen im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des verkehrsberuhigten Bereichs steht und welche Auswirkungen sich hieraus gegebenenfalls ergeben. Herr Beck (Abteilungsleiter der Straßenverkehrsbehörde) beantwortet die Frage und erläutert den Zusammenhang zwischen der Bordsteingestaltung und der Einrichtung des verkehrsberuhigten Bereichs.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig: 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Punkt 7 **Verschiedenes**

Die Vorsitzende informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass die neue Tarifstruktur des RNN in Vorbereitung ist. Sie ergänzt, dass künftig Pauschalpreise für Zeitkarten vorgesehen sind, und erläutert die wesentlichen Details der geplanten Tarifstruktur.

Herr Donner regt an, dass die Geschäftsleitung des RNN bei der nächsten Ausschussschutzsitzung im Rahmen der Beschlussvorlage „Öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA) Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG)“ anwesend sein möge. Die Vorsitzende nimmt diesen Wunsch zur Kenntnis und sagt zu, dies entsprechend zu veranlassen.

Herr Dr. Krach berichtet aus dem Mobilitätsbeirat und erkundigt sich nach den Gründen, weshalb die Bürgerinitiative „Mainz Zero“ nicht zur Teilnahme eingeladen wurde. Er betont, dass der Ausschuss für Mobilität über diesen Sachverhalt in Kenntnis gesetzt werden sollte. Die Vorsitzende geht auf die Anfrage ein und erläutert die Hintergründe der Entscheidung.

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

gez. Steinkrüger

.....

gez. Schebitz

.....